Die Idee der politischen Universität

Von

Adolf Rein
Professor an der Universität Hamburg

Hanseatische Verlagsanstalt
Hamburg

Gedruckt in der Hanseatischen Verlagsanstalt A.-G., Hamburg und Wandsbek
Printed in Germany

Vorwort

Der Fertigstellung dieser Schrift über den Begriff und die Möglichkeit einer politischen Universität sind Gespräche mit einigen akademischen Freunden vorangegangen. In dem Augenblick, da ich diesen Entwurf einer Neubildung unserer Hochschulen — oder wenigstens einiger unserer Hochschulen — unter dem Prinzip der Politik der Öffentlichkeit vorlege, gedenke ich ihrer und der Klärung und Anregung, die ich ihnen verdanke. Zugleich richten sich meine Gedanken vorwärts und suchen alle die, welche aus dem wissenschaftlichen Drang in die Weite, in die Tiefe und in die Höhe jene „objektive" Mitte gefunden haben, von der aus das Leben des Mannes seinen Sinn erhält.

Der Aufruf zur Entscheidung, der hier vorgelegt wird, ist keine vereinzelte Stimme. Die Rufe ertönen schon für den, der hören will, von vielen Seiten ohne Verabredung, ohne äußere tagespolitische Zweckmäßigkeit, nur dem Gewissen des einzelnen und seinem unstillbaren schöpferischen Wollen entsprungen. Mögen die Stimmen bald zu einem mächtigen Chor werden, auf daß die Tat komme.

Im Dezember 1932.

Adolf Rein.

Inhalt

*

I

Zur Geschichte der Universitäten

Wenn ich es unternehme, von Idee und Wesen der Universität zu handeln, so setze ich an den Anfang meiner Ausführungen die Behauptung, die wohl keinen Widerspruch finden wird, daß jeder Hauptepoche unserer Geschichte, seit sie im Lichte des Selbstbewußtseins steht, ein bestimmter Typus von Universität zugehört. Die Universitäten wandeln sich mit den Zeiten. Wir könnten wohl den gleichsam überzeitlichen allgemein gültigen Begriff der Universität aufstellen, aber die Bestimmungen eines solchen Begriffs würden so generell sein, daß mit ihnen nur wenig ausgesagt sein könnte. Heißt das nun, daß wir, um deutlicher zu sehen, auf die historische Mannigfaltigkeit aller Universitäts-Gestaltungen im Laufe der Jahrhunderte zurückverwiesen werden sollen, auf die Formung der Universitäten in der langen Folge von Geschlechtern — denn von Geschlecht zu Geschlecht verändert sie sich — und in der Vielzahl von Staaten und Provinzen — denn in jeder Gemeinschaft wirken verschieden bildende Kräfte?

Wir wollen hier weder abstrakt-philosophisch noch rein stofflich-historisch von den Universitäten sprechen, sondern etwas Dazwischenliegendes aufsuchen, nämlich typische Grundformen der Universitäten, welche in bestimmten großen Zeitabschnitten, dem Sinn der Zeit entsprechend, in den so verschiedenartigen konkreten historischen Gebilden erkannt werden können, so daß wir vielleicht von dem Typus der Universität den Typus der Epoche bezeichnen könnten.

Im Zeitalter der Konzilsprobleme, der Reformation, der Gegenreformation, vom 14. bis 17. Jahrhundert, bestand der Typus der *theologischen Universität*; — die Frage der Kirche, d. h., daß Verfassung, Geist und Wesen der Kirche fragwürdig geworden waren, bildete die Mitte der allgemeinen geschichtlichen Bewegung.

Im Zeitalter der Aufklärung, des omnipotenten Staates, der bürgerlichen Revolution, des Klassizismus, der Romantik, des Liberalismus, im 18. und im 19. Jahrhundert erscheint der Typus der philosophisch-humanistischen Universität; — das Problem Individuum und Gesellschaft, Mensch und Allgemeinheit, in dem durch Absolutismus und Revolution vorwärts getriebenen Prozeß der Auflösung der ständischen Feudalordnung formte den Fortgang des Geschehens.

In dem Zeitalter, welches in diesem 20. Jahrhundert zur Gestaltung empordrängt, — seine inhaltliche Bestimmung ist noch nicht Gegenstand der Historie, sondern eher der Prophetie — wird die politische Universität sein.

Von Zeitalter zu Zeitalter führen Revolutionen — dieser Begriff im allgemeinsten Verstande genommen — die Entwicklung vorwärts von der Konzilsbewegung, in der die eigentlich mittelalterliche Ordnung Europas mit den Spitzen von Papst und Kaiser in Auflösung gerieten, über Luthers protestantische Tat, über die Säkularisation des Lebens im aufgeklärten modernen Staat, über die Entfaltung des deutschen Humanismus und den Ausklang in Positivismus und Materialismus bis hin zum Zusammenbruch und Umsturz von 1918/19. Die Geschichte der Universitäten spiegelt die Folge der Epochen im Fortgang dieses historischen Prozesses.

Mit diesen historischen Feststellungen und Behauptungen habe ich die These ausgesprochen, die eingehender zu begründen ich in den folgenden Ausführungen versuchen will. Zuvor aber noch ein Wort — mehr streifend als verweilend — über die Angelegenheit der sogenannten „Hochschul-Reform", die unsere Zeit beschäftigt.

*

Als der deutsche Umsturz und die Notordnung von Weimar kam, brach unmittelbar auch die Universitätsfrage auf: das „neue Deutschland" sollte eine „neue Universität" haben. Den Tendenzen von Weimar entsprechend setzte man an, die Hochschulen zu reformieren: die Nichtordinarien erhielten eine Vertretung in den engeren Fakultäten, die Studentenschaften wurden in Verfassung ge-

bracht mit Hilfe des Verhältnis-Listen-Wahlsystems. Dieser Parlamentarisierung im Innern der Universitäten entsprach nach außen eine weite Öffnung der Tore: eine möglichst große Auswahl aus der Volksgemeinschaft sollte zu den Hochschulen zugelassen werden. Die seit 1918/19 vorwaltende Partei setzte den alten Universitäten das Ideal einer wahren „Volkshochschule" entgegen.

Dem Sieg der amerikanischen Ideen in Versailles und Weimar entsprechend versuchte man die deutschen Hochschulen anzunähern jenem amerikanischen Urbild einer demokratischen Universität, wie sie in den großen Staatshochschulen des amerikanischen Westens heute ausgeprägt vor uns stehen: allgemeine, allumfassende Hochschulen, in welche die Massen einströmen können und in denen jegliche Art von Wissensstoff gelehrt wird, von der Philosophie bis zur Kochkunst, von der Chemie bis zum Gesang.

Dieses amerikanische Ziel einer universellen Volkshochschule mit allen Wissenschaften für alle, welches völlige Deformierung der überlieferten deutschen Universität bedeutet hätte, wurde durch die deutsche Hochschul-Reform der Nachkriegszeit keineswegs erreicht, wenn auch vieles in dieser Richtung hin geschehen ist; die „Hochschulreform" als solche, die nach dem Umsturz in Gang gesetzt worden war, wurde keine „Hochschul-Reformation", sondern blieb, im wesentlichen, in äußeren Organisationsfragen stecken und versandete da.

Trotzdem ist das Universitätsproblem in Deutschland nicht zur Ruhe gekommen. Das Thema wird immer wieder zum Gegenstand von privaten und öffentlichen Gesprächen gemacht. Zweierlei Strebungen scheinen mir in den fortgehenden Erörterungen erkennbar zu sein. Die eine sucht eine „Reaktion" in der Richtung der früheren Universität; man strebt danach, aus den noch aufrechtstehenden Teilen oder Trümmern die alte Universität wieder aufzurichten, durch Selbstbesinnung einen Prozeß der Regeneration, der Renaissance einzuleiten. Und zwar scheinen mir solche Restaurations-Bestrebungen zweierlei Wege eingeschlagen zu haben: einmal die Richtung auf die humanistische Universität (von der gesagt wird, daß sie den Idealtypus der Universität überhaupt darstelle), daneben aber auch die Richtung auf die theologische Universität, indem man

auf den eigentlich religiösen Urgrund aller Wissenschaften zurückgehen will.

Abseits solcher Bemühungen um Erneuerung und Auferweckung, welche aus dem durch die Nachkriegs-Entwicklung noch geförderten Verfall herausführen sollen, sind aber auch andere Strebungen erkennbar geworden, meist noch ungeklärt, dunkel, wirr und verworren, die nach einem neuen Urbild der Universität sich hintasten. Sind jene Restaurations-Tendenzen innerlich, sei es bewußt oder sei es unbewußt, mit dem Liberalismus oder mit der Romantik verbunden und dadurch bestimmten politischen Richtungen dieser unserer Zeit zugetan, so dürfen wir jenes Hintasten nach einem neuen Typus innerlich verbunden erklären mit dem revolutionären Pathos dieses Zeitalters, welches mit den Ereignissen des August 1914 seinen Anfang genommen hat. In dieser großen abendländischen Revolution, die vom Krieg erweckt worden ist und fortdauernd weiter wirkt und in einem Volk nach dem anderen neue Gestaltungen hervortreibt, erscheinen die deutschen Ereignisse von 1918/19, der Zusammenbruch des deutschen Staates und seine neue Notverfassung, nicht als wesentlich und schöpferisch, sondern vielleicht nur als ein Hilfswerk der Zerstörung des Alten und deshalb die von ihnen ausgehende Universitätsreform im großen gesehen belanglos — oder belangreich, aber nur in dem Sinn, daß die Form der Universität vollends problematisch geworden ist.

Die Wiederherstellung der theologischen Universität müßte entweder — um die Dinge politisch pointiert zu sagen — die Erneuerung des Religionskrieges in Deutschland bedeuten; denn es würden ihrem Prinzip gemäß lutherische, reformierte, katholische und vielleicht auch jüdische Universitäten errichtet oder schärfer herausgearbeitet werden — oder, wenn die theologischen Universitäten über ihre Unterscheidungen hinweg die Idee einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Atheismus in den Vordergrund stellen sollten, die Entwicklung, wie zu Zeiten der Heiligen Allianz, in die Richtung zu einer universalen Kirche, in die mittelalterliche Ordnung der Welt hinlenken.

Die Wiederbelebung der humanistischen Universität dagegen müßte — wenn anders unsere These der Verbundenheit von Uni-

versitätsform und Wesen des Zeitalters richtig ist — alle diejenigen Strebungen fördern, welche die außerstaatlichen Kulturwerte im Sinn des Individualismus und einer reinen unpolitisch-neutralen oder internationalen Gesellschaftlichkeit und Völkerbundlichkeit auf ihre Fahne geschrieben haben*).

Um gegenüber solchen theologischen und humanistischen Restaurations-Bestrebungen nun deutlicher herauszustellen, welche revolutionären Kräfte das sind, durch die eine neue Grundform der Universität zur Gestaltung gebracht werden soll, will ich zunächst versuchen, die drei Typen von Universitäten, die ich in den Eingangsbemerkungen aufgestellt habe, deutlicher zu kennzeichnen.

---

*) Ich bemerke ausdrücklich, daß ich hier nicht das Problem des Dritten Humanismus berühre, der sich neuerdings mit der Idee des Dritten Reiches zu verbinden sucht, indem er den Ersten Humanismus als wesenhaft wissenschaftlich, den Zweiten Humanismus als wesenhaft künstlerisch bezeichnet und für sich in Anspruch nimmt, wesenhaft politisch zu sein. Lothar Helbing: Der Dritte Humanismus, Berlin 1932.

II

Die drei Universitätstypen

Die mittelalterliche Universität wie die Universität des Reformationszeitalters war vom Grund her theologisch bestimmt. Ihre Idee war das geoffenbarte Wort Gottes. Im Glauben besaß sie die Quelle ihrer Kraft. Ihre Wissenschaft, in allen ihren Zweigen, diente der Gotteserkenntnis und war wesentlich auf den Bestand der wahren christlichen Kirche bezogen. Ihr letztes Ziel konnte nur darin bestehen, die wahre Heilslehre unter den Menschen dieser Erde nicht zugrunde gehen zu lassen.

Die Universität der deutschen Aufklärung, des Klassizismus und der Romantik ist durchaus philosophisch bestimmt; denn ihr Prinzip ist die Einheit der Wissenschaften in der Philosophie. Sie ist von der humanistischen Idee getragen. Dem Begriff der Humanität, der reinen Menschlichkeit, und dem Glauben an die Vernunft im Menschen und in der Welt entströmt ihre Kraft. Die Wissenschaft gilt ihr als absolut autonom; auch wenn sie, wie Humboldt sagt, „als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes zu betrachten" ist; sie ist die wahre innere Bewegung des Geistes und kann letztlich nur auf den Begriff einer idealen Menschheit bezogen werden und muß deshalb in ihrem eigentlichen Wesen — wenn sie auch in individuellen Vertretern eine bewußt nationale Einstellung nicht ausschließt — kosmopolitisch sein. Ihr höchstes Ziel bleibt immer: das Dasein der Philosophie als Inbegriff aller Wissenschaft, als ausgeprägte Vernunft unter den Menschen zu erhalten.

Die von der deutschen Gegenwart und Zukunft zu fordernde Universität ist die politische Universität. Sie wird in ihrem Kern nicht transzendental, sondern historisch bedingt sein. Sie wird, um die Sprache Hegels zu gebrauchen, dem „objektiven Geiste" verbunden sein; d. h. dem Geist „auf dem Boden der Endlichkeit", „in der Sphäre der weltlichen Existenz gegenwärtig", „als Substanz des

Staates", „als der Macht, als dem Anerkanntsein". Im politischen Gestaltungswillen wird der Quellboden ihrer Kraft liegen. Ihre Wissenschaft wird auf die Wirklichkeit des Staates bezogen sein; sie wird sich nicht mit einem abstrakten Staatsbegriff begnügen. Da sie dem Endlichen zugetan sein wird, werden ihre Ziele für uns zu bezeichnen sein als das Anerkanntsein, die Behauptung des Unbedingten in der deutschen Form, die deutsche Macht.

Wenn wir das Wesen dieser drei hiermit aufgestellten Universitätsurbilder uns von der negativen Seite her vergegenwärtigen wollen, indem wir fragen: welches sind für diese Anstalten die ihnen entgegengesetzten, die ihnen absolut feindlichen Prinzipien, so wird bei einem solchen Versuch, „sich im Gegner zu erkennen" (Nietzsche), zu antworten sein: der Feind der ersten Universität ist der Ungläubige und Falschgläubige, der Heide und der Ketzer. Der Feind der zweiten Universität ist der Menschentyp, der das Unvernünftige darstellt, der Barbar, der Ungebildete, der Mensch in der Verworrenheit und ohne Klarheit. Der Feind der dritten Universität ist derjenige, welcher sich an keinerlei „Objektivität" mehr gebunden fühlt, das ist der Nihilist, der völlig Entwurzelte, der Heimatlose, der ganz und gar Verantwortungslose, weil ihm alles nichtig ist, außer vielleicht die eigene Person, der deshalb schlechthin das Prinzip der Zerstörung und der Auflösung, des schlechten Todes, verwirklicht. Ketzerei, Barbarei und Nihilismus, diese menschenfeindlichen Gewalten werden durch die theologische, durch die philosophische, durch die politische Universität bekämpft.

Versuchen wir diese drei möglichen Grundformen der Glaubens-Universität, der Kultur-Universität und der Macht-Universität durch Gegenüberstellungen bestimmter Eigenschaften in ihrem Wesen noch weiter zu erläutern.

Wenn wir z. B. die pädagogische Aufgabe der Universitäten ins Auge fassen, so finden wir der theologischen Universität aufgegeben, zunächst ganz allgemein wahre Christen zu bilden, dann im besonderen: durch die Wissenschaft gegen Zweifel im eigenen Innern und gegen Anfeindungen von außen gefeite und besonders

gekräftigte Glieder, ja Führer der sichtbaren und unsichtbaren Kirche zu erziehen.

Der humanistischen Universität ist aufgegeben, den Menschen zum Menschen zu bilden, gleichsam nur den Menschen an sich, der weder von Kirche noch von Staat, durch keine Gewalt und durch kein Prinzip im Endlichen, bedingt ist. Am großartigsten hat wohl Schiller diese Ideen in sprachliche Form gebracht.

Die pädagogische Aufgabe der politischen Universität würde sein, den politischen Deutschen zu erziehen, d. h. einen bestimmten Menschen zu bilden, der in dem universalen Ganzen geltungswürdig ist, fähig, im tieferen Sinn einen hohen Menschentyp in concreto darzustellen. Ein Wort Humboldts erläutert den Gegensatz, den ich meine: „Freiheit ist gleichsam nur die Möglichkeit einer unbestimmt mannigfaltigen Tätigkeit: Herrschaft, Regierung überhaupt zwar eine einzelne, aber wirkliche Tätigkeit."

Von einer anderen Seite her gesehen können die Unterschiede der drei Universitäten deutlicher gemacht werden durch die Gegenüberstellung dessen, was in ihrem innersten Kern, als ihr eigentliches Element zu finden ist, oder anders umschrieben, was die an den Universitäten gelehrten Wissenschaften gleich wie ein moralisches Blut überallhin durchdringt.

Die theologische Universität ist der absoluten Sphäre zugewendet, dem All-Einen, Ewigen, Unendlichen; ihre Haupttugend ist Andacht.

Die philosophisch-humanistische Universität geht von dem allein unmittelbar gegebenen Stoff des Subjektiven aus. Das „Erkenne Dich selbst", das „Ich" ist der Ausgangspunkt aller Philosophie. „Ich, das Subjekt des Bewußtseins ist Denken", sagt Hegel. Die großen philosophischen Systeme der humanistischen Epoche bauen von dieser subjektiven unmittelbaren Gewißheit des Geistes seiner selbst aus. Logik und Erkenntnistheorie stehen am Anfang aller philosophischen Wissenschaft. Kritik ist die Haupttugend der philosophischen Universität.

Die politische Universität hat ihre Wurzeln im Bereich der objektiven Welt; vom objektiv Seienden, von der endlichen, zeitlichen

Wirklichkeit, von der Existenz geht sie aus. Sie bejaht die großen Notwendigkeiten des Lebens. Ihre Haupttugend ist Gestaltungswille.

Nun ist es freilich so, daß Religion, Philosophie und Politik zu keiner Zeit völlig voneinander geschieden gewesen sind: Glaube, Vernunft und Wille haben keine voneinander getrennte Existenz. Auch die theologische Universität diente großen irdischen Mächten, nicht nur einer Kirche, sondern auch weltlichen Machthabern; auch die theologische Universität entfaltete eine rationale Philosophie. Oder blicken wir auf die Hochschulen des philosophischen Zeitalters: die humanistische Universität — das Beispiel der Gründung von Berlin erweist es — hatte eine politische Spannfeder in sich, indem ihr aufgegeben war, den Staat zu erneuern; ihr theologisch oder politisch Nichtgebundensein blieb tatsächlich eine Fiktion, denn Berlin wurde eine wesentlich protestantische und eine wesentlich preußische Universität. Daraus muß gefolgert werden, daß auch die politische Universität weder konfessionslos noch unhumanistisch wird sein können.

Es möge also in dieser Beziehung kein Mißverständnis aufkommen. In allen Zeiten finden wir in den Hohen Schulen der Völker drei Hauptpfeiler, die die Gewölbe des Gebäudes stützen; wir können sie in den drei Hauptfakultäten wiedererkennen: in der theologischen, der philosophischen und der juristischen. Aber — und das halte ich nun für entscheidend — nicht immer bleibt ein und derselbe Pfeiler derjenige, welcher das Ganze von der Mitte her zusammenhält. In der mittelalterlichen, der reformatorischen und gegenreformatorischen Universität trägt die theologische Fakultät das Ganze; sie ist die erste im Rang; sie übt eine Art Aufsichtsrecht über das Ganze aus; ihr dienen alle anderen Fakultäten. Im Bereich des deutschen Protestantismus, zum Beispiel in Helmstedt, wurden deshalb die Professoren aller Fakultäten auf die protestantischen Bekenntnisschriften, auch auf die Konkordienformel vereidigt; selbst bei der Promotion war die Verpflichtung auf Schrift und Symbole üblich. In der humanistischen Universität ist die philosophische Fakultät in die Mitte gerückt. Am bestimmtesten hat das wohl

Schleiermacher, selbst ein Theologe, formuliert, wenn er erklärt, daß die philosophische Fakultät alles zusammenfaßt. „Sie ist auch deshalb die erste — erklärt er — und in der Tat Herrin aller übrigen, weil alle Mitglieder der Universität, zu welcher Fakultät sie auch gehören, in ihr müssen eingewurzelt sein." In der sich formenden Universität des neuen Zeitalters wird die Mitte des Ganzen eine politische Fakultät sein, die wahre neue „universale Fakultät", die heute gesucht wird*); ich sage nicht juristische, denn die unter dem Begriff der Politik sich zusammenfindenden Fächer gehen weit über den Rahmen der eigentlichen Rechtsdisziplin hinaus.

---

*) Paul Fechter: Universität — Spezialität. Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, 21. Okt. 1932, Nr. 493—494.

III

Der Beruf dieser Zeit zur Politik

Hier freilich ist nun die Stelle erreicht, wo ein Wort über den Beruf dieser Zeit zur Politik gesagt werden muß.

Als der deutsche Staat in den furchtbaren Wettern des Weltkrieges zusammengebrochen war, hörte man aus untereinander verschiedenen Lagern des In- und Auslandes die Predigt von der Unfähigkeit des Deutschen zur Politik: seine wahren und eigentlichen Aufgaben seien in einer apolitischen Sphäre, im Raume der Kultur gegeben. Unsere Klassiker wurden zitiert — ohne daß man sie ganz verstand —: „Abgesondert von dem Politischen hat der Deutsche sich einen eigenen Wert gegründet." Neudeutsche Geistesschulen und Weisheitsschulen, Ästheten und Theologen verkündeten als Deutschlands wahre politische Mission, nicht politisch zu sein. Aus dem Kreis der Feinde tönte das verführerische Lied: laßt ab von dem, wozu ihr nicht bestimmt; auf der Straße der preußisch-deutschen Geschichte seid ihr in den letzten 150 Jahren in den Abgrund hineingeführt worden. Wir wollen hier den im einzelnen historisch sehr aufschlußreichen Zusammenhängen solcher Predigten der politischen Enthaltsamkeit von so verschiedenen Bezirken her nicht nachgehen, sondern die Behauptung dagegensetzen, daß Politik — in einem wirklich hohen und echten Sinn (bei uns denkt man freilich, wenn man von Politik spricht, ja nur allzuleicht allein an den Zank der Parteien), — daß Politik schlechthin das deutsche Schicksal ist. Nur wenn der Deutsche sich politisiert — noch einmal: in einem echten und hohen Sinn — kann er in der Welt bestehen und die Aufgaben ergreifen, zu denen er berufen ist. Weichen wir aber ins Philosophische und Weltanschaulich-Religiöse, in den subjektiven und absoluten Geist aus, wie von uns gefordert wird, so werden wir uns in eine schlechte Philosophie und in eine schlechte Religion verlieren. Wir müssen uns politisieren, um uns „objektiv" zu beweisen; das allein kann

unsere Antwort auf die deutsche Niederlage sein. Es handelt sich nicht darum, „Politik" an die Stelle von „Kultur" zu setzen, „Potsdam" an die Stelle von „Weimar", sondern darum, die „Kultur" von der Seite der „Politik" her auffassen zu lernen und ihr dadurch Zusammenhang und Gestalt zu geben, wie es von Otto Westphal einmal, wohl am kürzesten und einprägsamsten, formuliert worden ist: „Wir wollen keinen Geist, der nicht handelt, wir wollen kein Handeln, das nicht Geist ist."

Wenn das der Beruf der heraufziehenden Epoche ist — so wird man hier vielleicht einwenden: gut, dann laßt uns besondere Fachschulen für Politik einrichten, bringen wir also Anstalten ins Leben, welche ihren Teil zur geforderten Politisierung der Deutschen beitragen werden. Dieser Weg technischer Spezialschulung ist nach 1919 beschritten worden. Wir haben in Berlin eine „Hochschule für Politik" bekommen. Es ist ein „Politisches Kolleg" geschaffen worden. Politische „Schulungswochen" wurden von aller Art von Verbänden, in weitgehendem Maße auch von den Studentenschaften eingerichtet. Durch die Neuformung unseres innerpolitischen Lebens sind große und kleine Parteischulen wie die Pilze nach fruchtbarem Regen aufgeschossen. Es regte und regt sich allenthalben; haben wir nicht bereits genug davon?

Alle solche Unternehmungen zeigen wohl an, wonach diese Zeit verlangt, aber sie sind alle als Versuche, das Problem einer Epoche durch besondere Fachschulen oder besondere Lehrgänge zu lösen, partikulare Unternehmungen, von denen keine wahre Bildung, sondern im besten Fall eine Art technische Zubereitung für das Handwerk oder auch die Kunst der Politik erreicht werden kann. Dabei wird vergessen, daß Politik im eigentlichen Sinn kein Fach ist, so wenig wie Weisheit oder Glaube Fächer sind, welche als solche auf Schulen oder Hochschulen der Weisheit oder der Religion gelehrt werden könnten.

Die „Ecole des sciences politiques" in Paris, welche nach der Niederlage von 1870/71 von den Franzosen geschaffen worden ist, hat als Vorbild für die Deutschen von 1918/19 gedient; aber deren Idee ist, Spezialisten für den Staatsdienst, Staatsfunktionäre für

die dritte Republik heranzuziehen. Mit solchen oder ähnlichen Fachschulen und fachschulmäßigen Behelfen, gleichsam vom Rande her, kann oder sollte der Deutsche die Aufgabe, eine politische Kultur zu schaffen, nicht ergreifen. Hier muß er sich an seine Universitäten wenden, an das akademische Zentrum, wenn er sich selber treu bleiben will.

IV

Ungenügen der gegenwärtigen Universität

Worin aber genügen die gegenwärtigen Universitäten als politische Anstalten den Bedürfnissen der Nation nicht?

Die gegenwärtige Universität in der uns überlieferten humanistischen Form ist fragwürdig geworden. Sie befindet sich — das wird von ihren Freunden ebenso zugegeben wie von ihren Feinden — verglichen mit dem, was sie vom Standpunkt des Humanismus sein sollte, in einem Zustand des Verfalls.

Dieser Vorgang ist seit den sechziger Jahren schon bemerkt und mitunter scharf getadelt worden. Mit der Zersetzung des eigentlichen Lebenselementes der Universitäten, der Philosophie, wurde dieser Vorgang zu einem unabwendbaren. Dieses Geschlecht — so schrieb Treitschke 1869 — ist „argwöhnisch gegen alles, was der Philosophie auch nur ähnlich sieht*)!" Das ist heute auf allen Seiten offen ausgesprochen worden: die Universitäten besitzen für die Nation nicht mehr die alte Autorität, ja es besteht die Gefahr, daß Nation und Universitäten völlig auseinander geraten; der Führungsanspruch gegenüber den heranwachsenden neuen Generationen muß damit hinfällig werden. Er kann erst dann wieder zu Recht bestehen und dann auch wirksam sein, wenn die Universitäten wieder von einer alles durchflutenden Idee erfüllt sind und damit ein wirkliches geistiges Gesamtleben wieder gewinnen.

Die theologischen Universitäten besaßen ihr Lebenselement im Evangelium, die humanistischen Universitäten in der Selbstgewißheit der Vernunft. Die Theologie, die Philosophie enthielt das ordnende Prinzip aller Wissenschaften. Mit der Zerstörung der Philosophie durch den Positivismus (insofern er schlechthin Wissenschaft

---

*) Treitschke: Aufsätze II, 405. — Nietzsches Kritik der Universitäts-Philosophie und der Verachtung der Philosophie auf den Universitäten in „Schopenhauer als Erzieher", 1874.

und nicht Philosophie ist), mit dem Augenblick, da die Wissenschaft „voraussetzungslos" wurde, verdorrte der das Ganze bewegende Blutkreislauf in den Wissenschaften. Das Prinzip der Einheit ging verloren. Aus der „Autonomie der Wissenschaft", welche die ihrer selbst gewisse Vernunft stabiliert hatte, entwickelten sich die Autonomien aller einzelnen Wissenschaften, selbst der kleinsten Disziplinen. Und durch diesen Vorgang wurde die Universität („universitas") als solche aufgelöst in ein Nebeneinander von Forschungs- und Lehranstalten in sich abgesonderter Fächer. Den beziehungslosen Wissenschaften schwand mit der Einheit ihr eigentliches Lebenselement dahin. Hat man nicht zuweilen das furchtbare Wort von der „Eitelkeit des Denkens" den Gelehrten auf die Stirn schreiben können.

Ohne Bezug auf ein überwissenschaftliches Prinzip (wissenschaftlich nur im positivistischen Sinne) aber haben die Wissenschaften als solche keinen Halt. Der Glaube und die Weisheit ebenso wie die Politik sind vor der Wissenschaft. Weder die Gottesidee, das Verhältnis des Menschen zum Unendlichen, noch die Idee der Vernunft, oder gar die Staatsidee, gedacht etwa auf dem Wege eines Vertrages im Sinn des alten Naturrechtes, wachsen gleichsam auf induktivem Wege aus den Wissenschaften hervor. Theologie und Philosophie und Politik suchen die Wissenschaft, brauchen die Wissenschaft, ja sie erzeugen eigentlich erst die Wissenschaft. Erst aus dem Verhältnis des Menschen zum Absoluten, zum Subjektiven und zum Objektiven sind die Wissenschaften abzuleiten. Auf sich selbst begründet, führen sie die Auflösung jeder Art von Totalität herbei; denn reines positives Verstandeswissen gibt es nur im Partiellen, nicht im Totalen; ein Ganzes ist nur in der Gewißheit der Religion und der Philosophie, im Willen des Staates gegeben. Der Funke kommt nicht aus den Wissenschaften hervor, er springt in sie hinein. Weder unser Glaube noch unser Wollen erhält seine letzte Bestimmung aus den Wissenschaften. Wissen als Gewißheit aus Glauben und im Wollen erzeugt Einheit; Wissen als bloße positive Wissenschaft bleibt immer Teil, unvollendet, etwas, was nie an das Ziel kommt, etwas, was immer wieder überholt werden soll (Max Weber).

„Autonomie der Wissenschaften", Verabsolutierung des Partiellen ist eine Form der Entartung. Die Universitäten der Gegenwart aber sind, nachdem sie aus der Theologie und dann aus der Philosophie partikulare Disziplinen gemacht, die nicht mehr das Ganze tragen, und die Politik noch nicht zu ihrem allgemeinen Prinzip erhoben haben, ihrem Wesen nach nur ein Bündel von Wissenschaften, die sich unter Berufung auf eine eitle und leere Autonomie im eigenen Kreise drehen. Die deutschen Hochschulen haben sich — wenn man es scharf ausdrücken will — gleichsam in Warenhäuser spezialisierter Wissenschaften verwandelt. Diese Entwicklung mußte sie unter der Hervorkehrung des Prinzips einer abstrakten Objektivität, des Selbstzweckes aller Wissenschaft, einer falschen und hohlen Autonomie des Geistes (zumeist gerade in den geisteswissenschaftlichen Fächern) vielfach in einen selbstgefälligen eitlen Ästhetizismus, in ein vorwiegend antiquarisches Interesse, auf dem Gebiet der Geschichte in Polyhistorie (in die sogenannte Kulturgeschichte) führen. Universalität bestand nunmehr nur noch in dem Sinn: Alles, aber nebeneinander, statt Universalität in dem Sinn von Einheit: Alles, aber ineinander. Relativismus und Historismus überwucherten und bereiteten mit ihrer „Voraussetzungslosigkeit" den Weg in den Nihilismus.

Das ist Ergebnis und Ende jenes liberalen Zeitalters, welches ausgehend von der Forderung der Trennung von Staat und Religion, der Zerlegung der Verfassung, das heißt der staatlichen Funktionen im Innern in die drei Gewalten, der Scheidung von Wirtschaft und Staat allenthalben das Streben gezeigt hat, jedes Gebiet des menschlichen Lebens zu „emanzipieren", ihm Autonomie, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Freiheit zu verleihen. So ist auch jene „voraussetzungslose", jene „neutrale" Wissenschaft entstanden, weil sie abgelöst wurde von Religion, von Philosophie und Politik.

V

Von der Freiheit der Wissenschaft

Mit der Preisgabe einer religiösen, einer philosophischen oder einer politischen Bindung oder, wie man heute sogar zu sagen wagt, „Infizierung"*) — indem man in solchen Bindungen oder Infizierungen Verfälschungen der „Objektivität" als reiner Sachlichkeit und eine schmachvolle Knechtschaft unter unwissenschaftlichen Prinzipien erblickt — ist im Wissenschaftsbetrieb der Beliebigkeit, der Belanglosigkeit, der Beziehungslosigkeit, der Willkür, der schrankenlosen Subjektivität, dem wildesten Partikularismus — sagen wir es — der Nichtigkeit Tür und Tor geöffnet worden. Wenn wir das aussprechen, dann erhebt sich hier unmittelbar der Einwand, der die ganze Gedankenführung bis hierher hinfällig machen soll, nämlich: wenn ihr also von Bindungen der Wissenschaft redet, dann verfügt ihr den Tod der Wissenschaft! Die absolute Freiheit, nichts als Freiheit ist die unentbehrliche einzig mögliche Lebensluft, in der sie wirklich unverkümmert gedeihen kann; ohne absolute Toleranz, mag sie lehren, was sie will, muß die Wissenschaft, der Wille zur Erkenntnis, zur Wahrheit sterben! Wir können hier nicht in eine Untersuchung der vieldeutigen, immer mißverständlichen und deshalb allen Sophisterien zugänglichen Begriffe der Freiheit und der Wahrheit eintreten, aber wollen unsern Standpunkt doch dahin kennzeichnen, daß Freiheit und Macht aus e i n e r Wurzel hervorgehen; deshalb darf die Einrede unausweichlicher Unfreiheit und Intoleranz, welche mit dem Begriff einer politischen Universität notwendigerweise verbunden sein müsse, abgewiesen werden in der Überzeugung, daß in der Wissenschaft die Wahrheit sich immer von selbst versteht. Wo die Wahrheit preisgegeben wird, aus was für Motiven auch immer, besteht schlechterdings keine Wissenschaft mehr. Aber

*) Deutsche Allgemeine Zeitung. 8. Januar 1933, Beiblatt.

war denn die mittelalterliche theologische Wissenschaft keine Wissenschaft? — War die protestantische Wissenschaft keine Wissenschaft? — Wächst auf dem Boden des russischen Kommunismus, auf dem Boden des italienischen Faschismus keine Wissenschaft? — Hat der absolutistische Staat des 17. und 18. Jahrhunderts keine Wissenschaft hervorgebracht? — Ist Wissenschaft überhaupt nur in einer liberalen Staatsordnung möglich? — Hat es wahre Wissenschaft also nur in jenen kurzen liberalen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gegeben?*)

So freilich hören wir die Stimmen: „Die Wissenschaft ist absolut liberal" (Spranger**) oder, wie man es anders, soziologisch hat umschreiben wollen: Die Wissenschaft ist eine bürgerliche Angelegenheit. Wenn diese Worte ausgesprochen werden, gilt es freilich sich zu besinnen und zu fragen: ob in der „Liberalisierung" der Wissenschaft nicht auch, trotz der Negation, eine wesentlich politische Tendenz wirksam ist? Eben jene Richtung auf die Zerstörung alter politischer Gewalten im Interesse der Gesellschaft (oder vielmehr im Interesse bestimmter politischer Kräfte, welche sich des Begriffs der Gesellschaft, des „Volkes" in ihrem Kampf bedienen)? Die mit

---

*) Hier wäre der Ort, Betrachtungen darüber anzustellen, wieweit die herrschende Weltdemokratie den Geist der Wissenschaftlichkeit gefährdet hat. Durch die moderne Demokratie ist das Prinzip der Wahrhaftigkeit in der Politik auf das tiefste erschüttert worden. In der Innen- und Außenpolitik ist ein Demagogentum zur Macht gekommen vor dem Krieg, im Krieg und nach dem Krieg, welches den Massenwahn an die Stelle des Denkens setzen will. Wie aber kann in Staaten, in denen man ohne Massenwahn nicht mehr zu regieren vermag, der wissenschaftliche Geist noch lebendig bleiben? Man denke auch einmal in diesem Zusammenhang nach allen Richtungen hin das Problem der Kriegsschuldfrage durch! Staatsverfassung und Wissenschaftsgeist sind nicht beziehungslos. Als das demokratische System der Pariser Vororts-Verträge von 1919 sich über die Welt ausbreitete, konnte ein ungetrübter politischer Wirklichkeitssinn — ich meine hier die Bereitschaft, die Erscheinungen im Bereich des Politischen ohne Verbrämung und trübe Phraseologie anzuschauen — eigentlich nur in Rußland und in Italien angetroffen werden, trotz der Schärfe der eigenen Programmatik — oder vielleicht gerade deshalb? Wie aber will man, wo die Politik aus der Lüge ein System macht, auf die Dauer die Wissenschaften am Leben erhalten?

**) In der Einleitung der Ausgabe der Berliner Universitätspläne, S. XX.

einer liberalen Wissenschaft vielfach verbundene Behauptung von der natürlichen Internationalität der Wissenschaft — eine Behauptung oder Forderung, welche der Behauptung oder Forderung ihrer Autonomie, ihrer Entpolitisierung, ihrer Neutralisierung entspricht — scheint mir gleichfalls auch von Urbeginn her fragwürdig zu sein, weil das wissenschaftliche Denken nicht abgelöst werden kann von dem Stoff der Sprache, in welcher es sich vollzieht, und jeder Sprache doch ein ursprüngliches Begriffssystem und damit ein System des Wissens eingebildet ist, dessen Übertragbarkeit in andere zumal nicht verwandte Sprachen doch nur in sehr bedingter Weise möglich erscheint. Man vergleiche, was Schleiermacher dazu gesagt hat*).

Ist also im Geist der Völker eine nationale Trennung der Wissenschaften angelegt, so erscheint die Gebundenheit der Wissenschaft an die wesentlichen Hervorbringungen der Völker: Religion und Staat nicht zweifelhaft**).

---

*) Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn, Sprangers Ausgabe, S. 112: „Alle wissenschaftlichen Tätigkeiten, welche sich in dem Gebiet einer Sprache bilden, haben eine natürliche genaue Verwandtschaft, vermöge deren sie näher unter sich, als mit irgend anderen zusammenhängen, und daher ein eignes gewissermaßen abgeschlossenes Ganzes in dem größeren Ganzen bilden. Denn was in einer Sprache wissenschaftlich erzeugt und dargestellt ist, hat teil an der besonderen Natur dieser Sprache; wenn es sich nicht ganz unmittelbar auf Erfahrungen und Verrichtungen bezieht, die überall notwendig dieselben sein müssen, wie im Gebiete der Mathematik und der experimentalen Naturlehre, so läßt es sich nicht genau ebenso in eine andere Sprache übertragen usw."

**) Zur Frage der neuen Universitäten als nationaler Anstalten und des Weges zur Bildung neuer internationaler wissenschaftlicher Institutionen hat sich C. Frantz in seiner Schrift: Die Weltpolitik unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, Chemnitz 1882, I, 158, seinen föderalistischen Ideen entsprechend geäußert. Es erscheint Frantz nicht der Gedanke, inwiefern von Nation zu Nation oder von Staat zu Staat gesunde politische Beziehungen bestehen können ohne überstaatliche Organisation, und ebensowenig, wie von nationaler Universität zu nationaler Universität gesunde wissenschaftliche Beziehungen sich bilden können.

„Auch mit unseren Universitäten steht es offenbar so, daß ihr noch halb scholastisches Wesen zu der heutigen Zeit nicht recht mehr passen will, wie sie auch heute bei weitem nicht mehr die Bedeutung haben, die sie für das Mittelalter

Die reine Selbstbewegung der Wissenschaft ist Fiktion eines liberalen und, wie wir hinzusetzen dürfen, eines zugleich stark naturwissenschaftlich bestimmten Zeitalters, da das Prinzip des Geistes fragwürdig geworden war und die internationale Übertragbarkeit der „Mathematik oder der experimentalen Naturlehre" als unmittelbar gegeben und prototypisch ausgesprochen wurde.

Aus diesen Hinweisen auf ein Problem, das man nicht ganz übersehen sollte, darf wohl ohne weiteres abgeleitet werden, daß absolute Toleranz, Freiheit und nichts als Freiheit nicht das Wesen der Universität bestimmen kann. Denn die Wissenschaft dient immer. Aus einer rein negativen Bestimmung kann kein Positives gewonnen werden; Freiheit an sich ist Anarchie und deshalb Barbarei. Freilich wo man im Dienst irgendeiner Macht Erkanntes verschweigt oder gar Erkenntnisse verfälscht, ist keine Wissenschaft, keine Wahrheit mehr, sondern nur Propaganda. Blicken wir in die Vergangenheit: wie ist es mit dem Prinzip absoluter Toleranz bisher in den Hochschulen gewesen?

---

hatten. Waren sie damals — und zwar infolge des allgemeinen Latinismus — auch in dem Sinne universale Anstalten, daß Studierende aus allen europäischen Ländern auf ihnen zusammenströmten, wie namentlich in Paris und Bologna, daher auch ihre innere Einrichtung teilweise in einer Gliederung nach den dort vereinigten Nationalitäten bestand, — damit ist es vorbei. Heute sind die Universitäten überall zu Nationalanstalten und noch mehr zu Staatsanstalten geworden, die darum zu internationalen Vereinigungspunkten nicht mehr dienen können. Unvermeidlich vielmehr, daß sie nun vielfach selbst dem Nationalitätsdünkel und Chauvinismus Nahrung geben werden.

Neue Bedürfnisse rufen auch neue Erscheinungen und neue Bildungen hervor, und so sind in unseren Tagen allmählich die internationalen scientifischen Kongresse entstanden. Darin liegt noch eine große Zukunft. Aber zugleich treten dabei auch die aus Polyglottie entspringenden Schwierigkeiten hervor, die eben durch eine Reform des höheren Unterrichts beseitigt werden müßten, wodurch dann jene Kongresse bald eine viel größere Lebendigkeit gewinnen würden. Daß das mittelbar auch zu wichtigen politischen Folgen führen würde, wenn sich dort die geistige Elite aus ganz Europa zu einer Körperschaft vereinigte, spricht für sich selbst. Es wäre vielleicht die wirksamste Propaganda für die Idee der abendländischen Völkergemeinschaft."

Ob diejenigen, die an solchen Kongressen teilgenommen haben, heute noch den Glauben von Frantz aufbringen werden?

Die christliche Universität konnte nicht dulden, daß auf ihr der Islam gelehrt wurde, die protestantische Universität nicht, daß in ihr der Katholizismus eine Stätte der Ausbreitung fand. Selbst der Philosoph Fichte forderte in seinem Berliner Universitätsplan, daß an ein und derselben Universität nicht verschiedene Philosophien gelehrt würden, denn innerhalb der Universität müsse alle Polemik ausgeschlossen sein: „Wer dagegen einwenden wollte," so führt Fichte aus, „daß es, um die Jünglinge vor Einseitigkeit und blindem Glauben an einen Lehrer zu verwahren, auf einer höheren Lehranstalt vielmehr eine Mannigfaltigkeit der Ansichten und Systeme und eben darum der Lehrer geben müsse, würde dadurch verraten, daß er weder von der Philosophie überhaupt, noch vom Philosophieren als einer Kunst einen Begriff habe." Auch Hegel hat es ausgesprochen, daß in einem bestimmten Staate nur eine bestimmte Philosophie vorhanden sein kann, und Nietzsche erging sich, als er von einem leidenschaftlichen Humanismus erfüllt, im schärfsten Kampf gegen die Universitäten als Staatsanstalten stand, in den lebhaftesten Angriffen gegen die „sogenannte freie Persönlichkeit" und die „sogenannte akademische Freiheit".*)

Die Idee der falschen Toleranz, der „Zulassung von Allem", darf nun in der politischen Universität ebensowenig wie in der theologischen oder in der echten philosophischen Universität berechtigt erscheinen. Da die politische Universität Sinn und Wesen erhält durch ihren Bezug auf das innerste und tiefste Staatsinteresse — mit welchem Ausdruck ich jede parteiische Auffassung abweisen möchte — müssen von ihr alle Tendenzen ausgeschlossen sein, welche Existenz und Fortdauer des Staates selbst bedrohen.

An sich kann zwischen Wissenschaft im eigentlichen Sinn und dem Staat ein wirklicher Gegensatz nicht gebildet werden, wie ein liberales Zeitalter immer wieder behauptet hat, von Humboldt und Schleiermacher an bis zu jener westdeutschen liberal-demokratischen

---

*) Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten (1871—72), Kröners Taschenausgabe, Bd. 41, S. 50—53, 69, 118, 123, 129: „alle Bildung fängt mit dem Gegenteile alles dessen an, was man jetzt als akademische Freiheit preist, mit dem Gehorsam, mit der Unterordnung, mit der Zucht, mit der Dienstbarkeit."

Tageszeitung, welche vor kurzem den unsinnigen, aber charakteristischen Satz formulierte: „Politische Macht ist selbstverständlich und zwangsläufig Unterdrückung der Wahrheit!"*)

Eine Gefährdung oder Vernichtung der wahren „Autonomie" von Forschung und Lehre ist nicht gegeben. Die „Intoleranz" in der Universität bezieht sich auf das Politische, wie es sich früher auf das Theologische und auf das Philosophische bezogen hat, indem Voraussetzungen in Wissenschaft und Lehre nicht als unvermeidbarer, aber „schlechter Rest", sondern als entscheidende „Mitte" eben vorausgesetzt sind.**) Ohne Einnahme eines Standpunktes — und der ist immer von seiner geschichtlichen Bestimmtheit her auch irgendwie ein politischer — gibt es überhaupt keine geistige Orientierung. Irgendwo muß man stehen im Glauben und im Wollen, sich nicht mehr bewegen von einer Möglichkeit zur anderen, um die Umwelt überblicken und erfassen zu können. Ein Standort aber kann niemals positivistisch allein aus der „Wissenschaft", nur aus einer abstrakten „ratio" gewonnen werden. Vielmehr ist Aufgabe der Wissenschaft, den Standpunkt, von dem aus wir handeln, bewußt zu machen, d. i. als vernünftig zu erweisen; wenn er nicht als vernünftig zu erweisen ist, wird er hinfällig — insofern behält auch die ratio ihre „Autonomie". Abgesondert von Wille und Glaube ist noch nie Erkenntnis geschaffen worden. Denn Glaube ist unmittelbares Wissen! Und Glaube offenbart sich im Wollen! Über die letzten Standpunkte oder den letzten Standpunkt muß daher jeder Wissenschaftler sich entscheiden, d. h. er muß von Politik und Religion her handeln und sich verhalten.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß auch die christlichen wie die humanistischen Universitäten von politischen Bindungen nicht frei gewesen sind. Die Haltung der theologischen Universität war bestimmt durch die Beziehung auf die Kirchengemeinschaft des

---

*) Frankfurter Zeitung, zitiert nach Der Student, 1932, S. 184.

**) Siehe Hans Freyer: Die Universität als hohe Schule des Staates, in Der Student, 1932, S. 204. Übrigens Freyer überbetont in seinen Betrachtungen zur Hochschulreform den Berufsschulcharakter ähnlich wie Krieck: Nationalpolitische Erziehung, Leipzig 1932.

Abendlandes, das „corpus christianum", später dann durch die Beziehung auf die Konfession und die Landeskirche. Die philosophische Universität meinte diese Bindung zu erweitern zum Ganzen der Menschheit, philanthropisch, kosmopolitisch, ohne Rücksicht auf christlichen oder nichtchristlichen Glauben. Die politische Universität bildet sich zwar in einem Zeitalter des Weltstaaten-Systems und des Ansatzes zur Weltwirtschaft, also innerhalb einer universalen weltpolitischen Ordnung: aber sie haftet nicht primär an einer im vorangehenden Zeitalter nur ideal, also unpolitisch gesetzten Menschheit, sondern an den eigentlichen und wesentlichen, an den politischen Wirklichkeiten, den großen Mächten, die deutsche Universität an der Idee der deutschen Macht. Vom Standpunkt des politischen Prinzips einer Universität gesehen darf es demnach nicht dahin kommen, daß in den deutschen Universitäten Positionen gegen die Idee deutscher Staatlichkeit und Macht bezogen und festgehalten werden. Die Grenzlinie zwischen Toleranz und Intoleranz, zwischen Lehrfreiheit und Lehrverbot ist insofern im Voraus unbestimmbar, als sie theoretisch im einzelnen nicht so festgelegt werden kann, daß daraus unmittelbar die Praxis abzuleiten wäre. Hier hilft kein „Codex", sondern nur ein „casuistisches Verfahren", um einen Vergleich aus dem angelsächsischen Recht heranzuziehen. Es bleibt also letztlich, von aller Sachberatung abgesehen, dem Staatsmann die Entscheidung überlassen; entscheidet er falsch — falsch im Sinn einer tiefgefaßten Staatsräson —, so wird, wie immer in solchen Fällen, indem der Staat sich selber schwächt, die „Strafe" auf dem Fuße folgen.

VI

Staat und Wissenschaft

Hiermit kommen wir im engeren Sinn zu dem Thema: Macht und Wissenschaft, Staat und Universität. Wie hat die humanistische Universität dieses Verhältnis gefaßt? Im wesentlichen liberal. Hören wir einen maßgebenden Zeugen: Humboldt. Er meinte, daß die den humanistischen Ideen eigentlich entsprechende Form einer Forschungs- und Lehrstätte der Wissenschaften die „Akademie" sei, insofern „die Idee einer Akademie darin besteht, höchste und letzte Freistätte der Wissenschaft zu sein". Ihrem Prinzip nach müsse auch die Universität völlig vom Staate getrennt sein, die Forderung als eine zu niedrige von sich weisend, als ob es ihre Aufgabe sein könnte, Staatsdiener zu bilden. Die philosophisch-humanistische Universität verlangte die völlige Unabhängigkeit. Der Staat, erklärte Humboldt, darf von der Universität „nichts fordern was sich unmittelbar und geradezu auf ihn bezieht", und im gleichen Sinne Schleiermacher: man muß verhindern, daß die Universität „zu einer bloßen Veranstaltung für den Gebrauch des Staates" herabsinkt. Dieses Prinzip der völligen Trennung vom Staat entsprach der liberalen Lehre von der Trennung der Gewalten, auf deren Bedeutung wir schon hingewiesen haben. Wie der Staat von der Kirche, so sollte von ihm auch die Wissenschaft gelöst werden. Humboldt hätte folgerichtigerweise am liebsten die Universität Berlin auf Privatstiftungen gegründet, um ihre Unabhängigkeit von Staat und Regierung auch äußerlich sicherzustellen. Er strebte damit auf jenen Weg hin, den das liberale Amerika beschritten hat, indem es (solange es noch rein liberal und nicht auch schon demokratisch war) die Bildung der Universitäten dem privaten Unternehmungssinn überließ; damit freilich wurde die Abhängigkeit der höchsten Bildungsstätten von den großen gesellschaftlichen, zumal den plutokratischen Mächten stabiliert. Eine geschichtliche Demonstration, daß die Wissenschaft, auch

im liberalen Zeitalter, nicht in sich selbst besteht, sondern durch die Ablösung vom Staat an die partikularen sozialen Mächte ausgeliefert wird. Dagegen sagen wir mit Max Lenz, dem Historiker der Universität Berlin, aus der preußisch-deutschen Tradition heraus (der ja auch Humboldt in diesem Punkte schließlich gefolgt ist, indem er dann den Universitäten sogar das Berufungsrecht der Professoren zu Gunsten des Staates verweigerte): „Wissenschaft und Staat lassen sich nicht von einander trennen"*).

Die antiliberale These also, die hier aufgestellt wird, lautet: Die Wissenschaft bedarf des Staates. Ja selbst im philosophischen Zeitalter behielt dieser Satz seine Wahrheit; denn auch im kosmopolitisch-idealistischen Gewande war eine krypto-theologisch-kirchliche oder krypto-politisch-staatliche Bindung gegeben; Weltbürgertum und Nationalstaat war ja die Forderung der Zeit! Vor sich selbst freilich meinten die Universitäten sich zu rechtfertigen, indem sie erklärten: weder Kirche noch Staat, sondern freie Philosophie eines freien Menschentums. So versuchten sie eine „Zwischenlösung" zwischen der theologisch und der politisch bestimmten Universität.

Um auch eine anders klingende Stimme aus der Zeit der Berliner Universitätsgründung anzuführen: Steffens hat den Gedanken so formuliert: „Wo der Staat die Wissenschaft nicht erkennt, der Gelehrte sich vom Leben des Staates entfernt hat, sind beide gleich nichtig, und aus einem unfruchtbaren Boden entsprungen wird die Wissenschaft wie das Leben keine Früchte bringen." Unfruchtbar und nichtig wird die Wissenschaft, wenn sie sich vom Staat ablöst! Ist dieses Sichlossagen vom Staat aber nicht immer wieder die immanente Tendenz, die innere Strebung der Wissenschaften im liberalen Zeitalter, da Allem „Autonomie", „Selbstherrlichkeit" zugesprochen wurde, da man der Kunst zurief, „l'art pour l'art", da die Verselbständigung der Wissenschaften zur Absetzung auch der Philosophie und der Religion führte, indem man sie auf das Gebiet von Sonderfächern einschränkte, auch ihnen diese schlechte „Autonomie" zu-

*) Hier erinnere ich auch an Ausführungen von Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen, München 1932, S. 71: „Alle Begriffe der geistigen Sphäre ... sind nur aus der konkreten politischen Existenz heraus zu verstehen."

sprach? Die eigentliche „Neutralisierung" der Wissenschaften aber ist vor allem aus der Lossage vom Staat hervorgegangen, aus ihrer „Entpolitisierung". Auch hier dürfen wir noch einmal Hegel herbeirufen: „... der Staat ist die Grundlage und der Mittelpunkt der anderen konkreten Seiten des Volkslebens, der Kunst, des Rechts, der Sitten, der Religion, der Wissenschaft."*)

Die Wissenschaft also bedarf des Staates, aber auch der Staat bedarf der Wissenschaft: denn der Staat muß eine Lehre haben. Es ist uns als das Politische aufgegeben, nicht nur den Staat lenken, sondern ebenso den Staat denken. Wenn wir die Wissenschaft an das Prinzip der Macht verpflichten, dann freilich nicht an die „Macht", insofern sie beliebige Gewalt ist, sondern an die „Macht als geistige Wesenheit", als „Idee", als „Gestaltungsprinzip", als „Schöpfungswille", und dann ist es freilich die Wissenschaft, welche dem Geist, der Idee, dem Gestaltungsprinzip, dem Schöpfungswillen des Staates Form gibt, indem sie dieses alles ins Bewußtsein erhebt und als vernünftig erweist. Wenn wir so die Wissenschaft als Ganzes auf den Staat, den „objektiven Geist", die „Objektivität" beziehen, wie es Westphal in den „Feinden Bismarcks" durchgeführt hat, müssen wir aber auch eine bestimmte Abgrenzung zwischen Universität und Regierung vornehmen.

Zunächst muß ganz eindeutig klar herausgestellt werden — um jedes Mißverständnis auszuschließen —, daß die geforderte politische Universität keine höhere Parteischule, keine Hochschule des Parteigeistes sein kann. Nur allzusehr wird ja unwillkürlich in Deutschland Politik und Parteiwesen gleichgesetzt. Ihrer Idee nach ist die politische Universität weder ein Organ der jeweiligen Machthaber im Staate, im Sinn einer Dienstbarkeit oder politischer Willkür; noch kann sie gleichsam von unten her von den Parteien im Lande abhängig gemacht werden, sei es durch Mitgliedschaft von Dozenten in den Parteien, sei es durch Druck vonseiten einer parteimäßig organisierten Studentenschaft. Der Dozent ist also nicht Beamter in dem strengen Sinn, daß er auch in seiner eigentlichen Tätigkeit als Forscher und Lehrer den Geboten der Regieren-

*) Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (Reclam), S. 89, 77, 94.

den unterworfen wäre. Er ist aber auch nicht von der Studentenschaft gleichsam gewählt und ihr verantwortlich, sondern ihr vorgesetzt und völlig unabhängig. Die Wissenschaft kann nicht kommandiert werden, weder von oben noch von unten. Das Prinzip der Freiheit wird also in dieser Beziehung in der politischen Universität keineswegs geopfert, wenn nur der Ungedanke einer wurzellosen, einer voraussetzungslosen Freiheit ausgeschlossen bleibt, die jeder Willkür, jeder Subjektivität, jeder Beliebigkeit und jeder Nichtigkeit Raum gewährt.

Es ist ferner abzuweisen, als ob das Bedürfnis des Staates nach der Wissenschaft nur in einer äußeren Nützlichkeit (im Sinn der Zivilisation) ihren Grund habe: daß er also bereit sei, Fachschulen aller möglichen Art einzurichten, auch Hochschulen, um militärwissenschaftlich, wirtschaftswissenschaftlich, rechtswissenschaftlich, medizinisch, technisch wohlberaten zu sein. Im Zeitalter des Absolutismus, als die theologischen Universitäten in Verfall gerieten, traten die utilitarischen Momente im Bildungswesen stark hervor. Im Zeitalter des Industrialismus wiederholte sich das, als die humanistischen Universitäten in ihrem innersten Prinzip verkümmerten und die technischen Hochschulen, ausschließlich auf die Naturwissenschaften gegründet, ins Leben gerufen wurden.

In den bedeutenden Denkschriften, die wir aus der Entstehungszeit der humanistischen Universität besitzen, ist gerade dieses Moment mit besonderer Eindringlichkeit vorgetragen, daß die Wissenschaften erst durch die Philosophie ihre Würde erlangen, und daß auch dieser Philosophie gegenüber der Staat, als Repräsentant der Gemeinschaft, große Verpflichtungen habe, daß ihm selbst seine Würde erst von der Philosophie zukomme. Es ist damals auch erörtert worden, ob Philosohie und Staatsmacht nicht so ineinander verbunden werden müßten, daß sie zusammenfielen, indem die Idee Regentin der Völker werde? Der berühmte Ausspruch, welchen Plato dem Sokrates in den Mund legt, wurde herbeigeholt: „Solange nicht die Philosophen in den Staaten regieren, oder diejenigen, die jetzt Könige und Herrscher genannt werden, nicht gründlich und umfassend philosophieren, solange wird dem Staate keine Befreiung

von den Übeln werden, noch dem menschlichen Geschlecht." Dieser Begriff von der möglichen Identität des absolut Vernünftigen, der Idee, mit der Gestaltung des Staatslebens liegt allen „Utopien" und utopischen Verfassungen zugrunde, indem er das setzt, was nicht ist: die Identität des Absoluten mit dem Objektiven, des Unendlichen mit dem Endlichen. Das aber müßte Vergottung des Kreatürlichen, Vergötzung des Staates mit sich bringen. Alle utopischen Systeme sind deshalb irgendwie „theokratisch" und alle theokratischen Systeme essentiell nicht wirklich — mag das Mittelalter den Papst, den Priester auf den Thron setzen oder der aufgeklärte Absolutismus den gekrönten Philosophen verherrlichen. Nicht der Priester, nicht der Weltweise soll den Staat regieren, sondern allein der Staatsmann, der Politiker. Auf das vor uns stehende Problem angewandt, bedeutet das: die Universitäten haben keinen Anteil an der Regierung des Staates, auch nicht die politischen Universitäten. Weder sind in diesem Verstande genommen „politische Pastoren", noch „politische Professoren" eine sinngemäße Erscheinung. Als Pastoren und als Professoren müssen sie dem Regiment fernbleiben. Diese unerbittliche Abtrennung bedeutet aber nicht — das ergibt sich aus allen vorangehenden Erörterungen —, daß sich die Wissenschaft vom Staate ablöst. Die Professoren sollen sein, wenn wir hoch greifen wollen, die Propheten der Gemeinschaft, die Auguren des Staates, in diesem Sinne die „Priester", welche neben, aber nicht über dem König stehen, welche als auf das Absolute gerichtet eine unantastbare innere Freiheit besitzen, aber zugleich dem Staat völlig und ganz zugehören, insofern diese Macht, das heißt geistige Wesenheit und Gewalt ist.

Propheten, Auguren, Priester des Staates, sage ich, sollen die Professoren sein, aber nicht etwa Skribenten und Advokaten des Staates, denn auch das könnte eine irrtümliche Meinung aus dem Begriff der politischen Universität abzuleiten versuchen. Die Staatsideologie, welche die Universitäten entwickeln, darf nicht sein eine „Ideologie ex eventu", in dem Sinn, daß die Wissenschaft hinter der Politik nachfolgt, wie der Schreiber dem Feldherrn und Staatsmann. Die Schreiber, die Skribenten werden in Tätigkeit gesetzt,

wenn ein Friedrich der Große in Schlesien einmarschiert, wenn Bismarck das Reich gründet, zur äußeren Rechtfertigung des Schlesischen Krieges, zur Rechtfertigung des deutschen Zusammenschlusses. In einer solchen Tätigkeit ist nicht der freie echte politische Geist; da ist doch immer — irgendwie — der kommandierte Geist, also Ungeist. Nicht eine politische Tendenz ist in die Wissenschaft einzuführen, sondern die Idee des Staates als ihr innerstes „principium", ihre Grundursache zu setzen.

Was unter der Mobilmachung des Geistes, seinem Inbewegungsetzen für den Staat zu verstehen ist, ist ein ganz Anderes als Advokatentum. Es ist ein Teil der schöpferischen Tat selbst. Politik im höchsten Sinn offenbart sich zugleich auf dem eigentlich staatlichen Felde und im Bereich des Denkens, als Wissenschaft, als Philosophie.

Damit ist, wie ich meine, deutlich gemacht, daß der Professor niemals ein Funktionär des jeweiligen Machthabers im Staate sein darf. Er ist nicht Beamter im eigentlichen Sinne. Er hat innerhalb seiner eigentlichen Tätigkeit, Forschung und Lehre, keinen Befehlen der Regenten zu gehorchen, weil das eine Verletzung seiner Verpflichtung in sich schließen würde, welche er der Regierung gegenüber übernommen hat. Wohl aber braucht der Staat keinen Professor an seinen politischen Universitäten zu dulden, welcher die Idee dieses Staatswesens bekämpft und zu vernichten oder auch nur zu verbergen und damit leblos zu machen sucht; niemand kann verpflichtet sein, seinem Feinde Vorschub zu leisten.

Freilich, hier kommt wieder die Frage: wo liegen die Grenzen zwischen Freiheit und Gebundenheit dem Staate gegenüber? Wann verwandelt sich der mahnende Freund in den die Grundmauern unterwühlenden Feind? Wann wird „Opposition" gegen die Machthaber im Staat zum Krieg gegen den Staat selbst?

Hier möchte ich auf einen Unterschied aufmerksam machen: auf den Unterschied zwischen dem politischen Geist der wilhelminischen Universität (der Abkürzung wegen möge dieser Ausdruck erlaubt sein), welcher mit der Reichsgründung als einer nationalliberalen (auch das ist eine Abkürzung) entstanden war, und dem Geist der Politik, welcher für die Universität der Zukunft gefordert wird.

Die deutschen Kritiker der Reichsgründung aus dem streng idealistisch-humanistischen Lager tadelten auch gerade den neuen „Staatspatriotismus", der in den Universitäten seinen Einzug gehalten und den alten philosophischen Geist (der Nation der Dichter und Denker) zu verdunkeln, zu verderben, zu verfälschen drohte.

In diesem Sinn der Herausbildung einer patriotischen Atmosphäre, in diesem Sinn einer das Reich bejahenden akademischen Lebensstimmung und Lebenshaltung, ohne daß dabei das überlieferte humanistisch-kosmopolitische System der Universität aufgehoben werden sollte (woraus sich schließlich jener nicht immer gerade erfreuliche Zwitterzustand wilhelminischer Prägung ergeben hat), — in diesem Sinn, sage ich, ist hier nicht die „Politisierung der Universität" gefordert. Wir meinen hier nicht einen mehr oder weniger äußerlichen Patriotismus, der das Prinzip der Wissenschaft nicht berührt, nicht eine bloße Nebeneinanderstellung von Wissenschaft und Vaterland — (das Kennwort der neuen Straßburger Universitäts-Gründung lautete „litteris et patriae", in der Koordination) —, sondern wir fordern eine Wissenschaft, welche aus dem Prinzip des Staates selbst hervorgeht: in litteris patria! Also: es handelt sich nicht darum, sogenannte unpatriotische Leute von der Universität fernzuhalten, sondern diejenigen, welche den Kern ihrer Arbeit nicht aus der Substanz des deutschen Staates haben.

Ich rede hier nicht von der „Substanz", von Gehalt und Wesen dieses Staates selbst, ich versuche nur eine theoretische, nicht eine praktische Begründung der politischen Universität und ich muß es deshalb hier mit diesem allgemeinen Satz bewenden lassen; zugleich allerdings ganz durchdrungen davon, daß über der Verantwortlichkeit der Theorie die Verantwortlichkeit der Praxis steht, welche immer unausweichlich ist; ein falscher Gedanke, eine irrige Vorstellung kann überwunden, kann ausgemerzt werden, eine falsche Tat wird zum unentrinnbaren Schicksal. Wenn wir uns das alles vergegenwärtigen, dann wird uns bewußt, daß als das schwierigste unter den hohen Ämtern des Staates das kulturpolitische zu bezeichnen ist.

Noch eins, um abermals Mißverständnisse auszuschließen: Deutschland ist ein Gebilde der Mitte und muß als solches in weitem

Maße geöffnet bleiben dem Hereinwirken vom Osten und vom Westen her, aus dem Bereich des Südens und dem des Nordens. Deutschland ist, wie auch seine Geschichte zeigt, dazu aufgefordert, sich vor nichts zu verschließen. Aber eine solche Aufgabe kann und darf Deutschland nur erfüllen, wenn es in sich selbst eine wirkliche Mitte, einen unzerstörbaren eigenen Wesenskern hat; sonst wäre es — auch das erweist seine Geschichte — der völligen Verbildung, einem impotenten Synkretismus, der Auflösung und Zersetzung ausgeliefert. Diese geistige Mitte zu pflegen sind die politischen Universitäten berufen; in Bildungs- und Forschungsanstalten, wo Wissenschaften, Lehrer und Schüler vornehmlich unter den Anreizungen einer allgemeinen geistigen Interessiertheit (Geist als Neugier) zusammengewürfelt werden, um sich wahllos allem Menschlichen und Nichtmenschlichen hinzugeben, da kann jene kristallisierende Kraft nicht in Erscheinung treten, die da sein muß, wenn die Offenheit nach allen Seiten hin nicht zum Verhängnis werden soll*).

*) Der Begriff der politischen Universität schließt auch keineswegs das Studium von Ausländern aus. Nur eine beliebige Überflutung der Universität mit Ausländern kann nicht stattfinden, wenn ein Ausleseprinzip für die Deutschen selbst in Anwendung kommt.

VII

Neugestaltung der Universität

Es kann hier nicht die Absicht sein, einen ausgearbeiteten Universitätsplan vorzulegen; aber es soll doch wenigstens in einigen Andeutungen darauf hingewiesen werden, welche Folgerungen aus der bewußten Aufnahme des politischen Prinzips für die Universitäten sich werden ergeben, welche Neugestaltungen aus der Richtungsänderung notwendig werden erwachsen müssen.

In der Wendung gegen die liberale Beliebigkeit und die demokratische Volkshochschultendenz wird Konzentration (zu deutsch: Zusammenziehung, Verdichtung nach einem gemeinsamen Mittelpunkt hin — überhaupt ein Grundelement aller geistigen Arbeit —) von allen Seiten her notwendig werden. Konzentration in der Bestimmung der Fächer, welche auf den Universitäten gepflegt werden sollen; Konzentration in den Methoden des Unterrichts (Lehr- und Studienpläne); Konzentration in der Auswahl der Studierenden — nicht „unausgelesene zusammengewürfelte Jugend". Auch für die Universität gilt der Satz von Lagarde: „daß jede Schule eine nach oben und nach allen Seiten hin geschlossene sein muß".*) Wo Konzentration und Auslese ist, wird der Gemeinschaftswille bejaht; universitas als ein innerlich Ganzes von Forschern, Lehrern und Schülern, aber nicht als ein summiertes Ganzes, wo sich nicht mehr als die Regelung von Angebot und Nachfrage der Wissenschaften vollzieht.

Ferner: Strenge und Zucht in allem wird das Kennzeichen einer auf die Wirklichkeit des Staates bezogenen politischen Universität sein müssen. Philosophie und Sprachwissenschaften werden sich stärker enthistorisieren, die Geschichte wird sich wieder politisieren. Bisher übermäßig betriebene Fächer werden zurückgedrängt, polyhistorische und antiquarische Überwucherungen der sogenannten Kulturwissen-

*) Deutsche Schriften, Göttingen 1886, S. 278.

schaften beschnitten werden, alles sogenannte nur „Schöngeistige" wird seine Stätte nicht auf der Universität haben, sondern da nur gelegentlich zu Gaste sein; Fächer, die bisher vernachlässigt waren, werden ausgebaut oder neu eingeführt werden — z. B. vom Staat zu handeln, ohne daß die Kriegswissenschaft ihren Platz einnimmt, ist ein Unding. Die Künste können an keiner Stätte wahrer Bildung fehlen, deshalb werden die Künste selbst wichtiger sein als die Geschichten der Künste.

Das Entscheidende aber wird sein, — wie schon an anderer Stelle angedeutet — ein Organ innerhalb der Universität zu schaffen, durch welches die Universität als eine politische (politisch in dem hier auseinandergelegten Sinn) sich gestaltet. In Anknüpfung an die in den deutschen Universitäten gegebenen Verhältnisse wird der gangbarste Weg zum Aufbau eines solchen Organs der sein, alle diejenigen Fächer innerhalb aller Fakultäten zu einer Fachgemeinschaft zusammenzurufen, welche als politisch wesentliche Fächer angesprochen werden können; in diesem Sinne kämen etwa in Frage: Staatsphilosophie, Öffentliches Recht (Staatsrecht, Völkerrecht, Strafrecht), Geschichte, Germanistik, Volkskunde, Volkswirtschaft, Militärwissenschaft, Pädagogik, Geographie, Anthropologie, Hygiene, von der Theologischen Fakultät Kirchengeschichte, Kirchenrecht, Ethik und andere Fächer, welche je nach den Verhältnissen in Frage kämen. Eine solche politische Fakultät oder Fachgemeinschaft der politisch bedeutsamen Disziplinen würde in den Angelegenheiten von Forschung und Lehre wie auch gutachtlich in Berufungs-Sachen ihren Aufgabenkreis finden. Da dieses Organ aus Mitgliedern aller Fakultäten gebildet werden müßte, würde auf diese Weise ein Organ der wissenschaftlichen Verbindung und Einheit innerhalb der Universität gestaltet werden, weshalb man es richtiger Weise vielleicht als eine Art von wissenschaftlichem Senat bezeichnen könnte, der dem Verwaltungssenat der Universität beigeordnet wäre.

Doch, wie schon bemerkt, es sollen hier die eigentlichen Fragen der Organisation nicht eingehend behandelt werden: das Organisatorische wird sich zweckentsprechend gestalten, sobald man über das Prinzip im Reinen ist. Hochschulreform ist deshalb nicht vom

einzelnen her, von Fragen der Fächer, von Fragen der Verfassung, von Fragen der Zulassung, von Fragen der Examina zu gewinnen, sondern fordert als erstes: **Klarheit über die Idee der Universität als Ganzes.**

*

Ich habe versucht, aus der Geschichte und den Strebungen der Gegenwart drei Universitätstypen herauszustellen. Man kann diese Urbilder in scharfe Abtrennung gegeneinander richten, man kann aber auch erweisen, daß sie zu allen Zeiten ineinander gewesen sind, wenn auch oft trübe und unrein. Die theologische und die philosophische Universität waren auch politisch bestimmt, der politischen Universität darf das philosophische Prinzip und der theologische Urgrund nicht verloren gehen. Aber es ist so, worauf ich schon hinwies: von den drei Pfeilern, welche jede wirkliche Universität tragen, ist ein Pfeiler jeweils als der Hauptträger des Ganzen anzusprechen, je nach dem Sinn der Epoche, welcher die Universität zugehört. Darüber soll aber nicht vergessen werden, daß die Idealität erreicht sein würde, wenn Theologie, Philosophie und Politik, Glaube, Weisheit und Macht zu einem harmonischen Dreiklang menschlichen Daseins sich verbinden. An ein Wort Hegels aus der „Philosophie des Geistes" möchte ich erinnern, da er von „der absoluten Möglichkeit und Notwendigkeit" spricht, „daß Staatsmacht, Religion und die Prinzipien der Philosophie in eins zusammenfallen — die Versöhnung der Wirklichkeit überhaupt mit dem Geiste, des Staates mit dem religiösen Gewissen, in gleichen dem philosophischen Wissen, sich vollbringt."

Ohne aus dem Bewußtsein zu verlieren, daß in einem solchen Zusammensein die eigentliche Vollkommenheit zu finden ist, fordere ich für diese Gegenwart, nachdem die theologische und die philosophische Universität Wirklichkeit gewesen sind, die Realisierung der politischen Universität. Gewiß — dieses eine Wort noch — wo Politik ist, ist Gefahr; denn das Wesen der Politik wird sichtbar in der Möglichkeit und Notwendigkeit, Feindschaft zu bestimmen. Aber auch die humanistische Universität hatte ihre Gefahr — sie hieß

Freiheit — und die Gefahr der theologischen Universität war — das Dogma. Die Gefahr der politischen Universität liegt, wie bei jenen in ihrem eigentlichen Prinzip selbst, hier im Prinzip der Macht. Wenn die göttliche Wissenschaft Erlösung sucht, die Wissenschaft der Weltweisheit Harmonie, so will die Wissenschaft, welche aus dem politischen Prinzip hervorgeht, Kampf, sie ist heroisch.

So verstehe ich auch die, wie ich meine, tiefste Schicht in dem Denken von Friedrich Nietzsche — zugleich „der letzte antipolitische Deutsche", wie er sich als Humanist nannte, und doch unter dem Antrieb der Bismarckschen Politik, der Philosoph des „Willens zur Macht" — der deshalb ständig an dem einen Problem gearbeitet hat, wie denn Macht und Philosophie, Idee und Existenz, sagen wir für diesen hier behandelten Zusammenhang, Staat und Universität verbunden sein können? Nietzsche hatte die Philosophie seiner Zeit verworfen, weil, wie er sich ausdrückte: „kein großer Feldherr und kein großer Staatsmann sich zu ihr bekannte", und an einer andern Stelle erklärt er: „Die ältere griechische Philosophie ist die Philosophie von lauter Staatsmännern. Wie elend steht es mit unsern Staatsmännern!" Seine Denkarbeit, seine Prophetie galt dieser Wiedervereinigung, für die er in seiner bildhaften Sprache und auf seltsamen Umwegen immer neue Formulierungen gesucht hat.

Durch die Niederlage, die das Reich erlitten, ist den Deutschen aufgegeben, wenn anders sie in der Welt überhaupt noch eine Potenz sein wollen und wenn anders die Niederlage überhaupt einen Sinn hat, eine politische Kultur zu bilden.

Möchten wir den Ruf der Stunde nicht verkennen: Geist und Politik wahrhaft zu verbinden, aufs neue in eins zusammenzuschmelzen, damit der Deutsche noch einmal der Welt etwas Entscheidendes zu sagen hat.

Aus dem Schrifttum über die Universitätsfrage

Schelling: Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums (1802).

Die drei Denkschriften von Fichte (1807), Schleiermacher (1808) und Steffens (1808) sind abgedruckt in der von Spranger veranstalteten Ausgabe: Über das Wesen der Universität, bei Meiner, Leipzig 1919, mit einer Einleitung über Staat und Universität.

Hinzuzufügen wäre die unvollendete Denkschrift von Humboldt: Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin (1810).

Ich verweise ferner auf Savigny: Wesen und Wert der deutschen Universitäten, im 1. Band der Rankeschen Historisch-Politischen Zeitschrift, Hamburg 1832, S. 569—592; auf Dahlmann: Vom Universitätswesen, in seiner Politik (1835 u. 1847), Kap. 14.

In der nächsten Generation läßt sich der ehrwürdige Ignaz v. Döllinger vernehmen: Die Universitäten sonst und jetzt (1866), in Akademische Vorträge II, Nördlingen 1889. Nietzsche behandelt Gymnasium und Universitäten in den Baseler Vorträgen WS 1871/72: Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten. (Er ist ein Kritiker der Straßburger Universitäts-Gründung, Ausgabe Kröner, S. 134; auch Brief an Rohde vom 28. Jan. 1872). Lagarde: Deutsche Schriften, Göttingen 1886.

Max Lenz: Freiheit und Macht im Lichte der Entwicklung der Universität, Berlin (1911). Kleine Historische Schriften II, München 1920.

Aus der neuerweckten Debatte in der Nachkriegszeit verweise ich auf Emil Wolff: Rektoratsrede, 1923, Hamburg 1924, bei Boysen; zu den von Tillich aufgeworfenen Fragen (Hochschulbeilage der Frankfurter Zeitung, 22. Nov. 1931) nahmen Spranger und Jaspers Stellung (Frankfurter Zeitung, 14. Dezember 1931) und Stapel in zwei Aufsätzen: Die Universität in Gefahr? Zeitwende März 1932, und Die Wiederherstellung der Universität, Deutsches Volkstum, Juni 1932.

In der Zeitschrift „Der Student" kommen verschiedenartige Vertreter aus dem Lager der Jüngeren zu Wort.